

Friedrich Markmann

Lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse: Revival der Genossenschaft?



Nomos

Kommunalrechtliche Studien

herausgegeben von

Prof. Dr. Christoph Brüning,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Prof. Dr. Thorsten Ingo Schmidt, Universität Potsdam

Band 6

Friedrich Markmann

Lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse: Revival der Genossenschaft?



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Potsdam, Univ., Diss., 2018

ISBN 978-3-8487-4929-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-9142-0 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

Vorwort

Publizisierung ist in. Die in Bund, Ländern und Kommunen bis vor kurzem verbreitete Privatisierungseuphorie ist heute verfliegen. Allzuoft haben sich die in die Privatisierung öffentlicher Aufgabenbereiche gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Inzwischen sind ebenenübergreifend Publizisierungsvorgänge zu verzeichnen. Diese beschränken sich dabei keinesfalls auf eine simple (Rück-)Übertragung öffentlich wahrzunehmender Aufgabenbereiche auf staatliche Träger. Losgelöst von einer einseitigen Bindung an „Staat“ oder „Privat“ erfassen diese Vorgänge u.a. auch die Entwicklung hybrider Organisationsformen zur Erledigung öffentlicher Aufgaben, in der unterschiedlichste Akteure miteinander kooperieren. Für die lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse erlebt derzeit eine aus öffentlich-rechtlicher Perspektive in diesem Zusammenhang wenig bis überhaupt nicht beachtete Organisationsform ein regelrechtes Comeback: die Genossenschaft.

Hier setzt diese Arbeit an. Entgegen einer allgemeinen Einschätzung handelt es sich bei der Genossenschaft heute nicht mehr um eine angestaubte Organisationsform aus einer vergangenen Zeit. Ganz im Gegenteil: Genossenschaften haben wieder Konjunktur! Sie betätigen sich in einer Vielzahl von Einsatzfeldern, die herkömmlicherweise den kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben zugeschlagen werden. Darüber hinaus ergänzen und ersetzen Genossenschaften das kommunale Leistungsangebot durch die Erledigung von Aufgaben, auf deren Erbringung die Kommunen selbst verzichten. In der Praxis haben sich hybride Kooperationsmodelle gebildet, die eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure vereinen und damit für die lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse fernab einer einseitigen Bindung an „Staat“ oder „Privat“ einen „Dritten Weg“ eröffnen. Davon ausgehend untersucht die Arbeit, ob und unter welchen Voraussetzungen es sich bei der Genossenschaft um einen nachhaltigen Partner der Kommunen bei der Aufrechterhaltung kommunaler Infrastrukturen handeln kann.

Die Arbeit wurde im November 2017 von der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam als Dissertation angenommen und ist auf dem Stand von Juni 2017. Die zitierten Internetquellen sind letztmalig im März 2018 abgerufen worden.

Vorwort

Mein größter Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Professor Hartmut Bauer, der die entscheidende thematische Anregung für die Erstellung dieser Arbeit gegeben hat. Bedanken möchte ich mich für die langjährige Betreuung und für sein ständiges Interesse, das er gegenüber der Arbeit und dem Fortschritt ihrer Erstellung immer wieder bekundet hat. Großer Dank gilt außerdem Herrn Professor Thorsten Ingo Schmidt, der sich für die Erstellung des Zweitgutachtens bereit gefunden und wertvolle Anregungen für die Überarbeitung gegeben hat. Herzlicher Dank gebührt ihm und Herrn Professor Brüning als Herausgeber der „Kommunalrechtlichen Studien“ des Nomos-Verlages für die Aufnahme der Arbeit in diese Reihe. Für ihre tatkräftige Unterstützung im Zusammenhang mit technischen Feinheiten möchte ich mich an dieser Stelle außerdem bei Frau Denise Herzmann bedanken.

Hamburg, im März
des Raiffeisenjahres 2018

Friedrich Alexander Markmann

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	23
1. Kapitel: Thematische und begriffliche Annäherungen	25
§ 1 Genossenschaftsgrundsätze und Merkmale kommunaler Selbstverwaltung: Eine Vorbemerkung	25
I. Der Erneuerungsgedanke von Theodor Heuss	25
II. Genossenschaftliche Grundsätze und die Merkmale kommunaler Selbstverwaltung	27
III. Fazit	33
§ 2 Die eingetragene Genossenschaft in kommunalen Aufgabenfeldern: Rechtstatsächliche Befundnahmen im Überblick	34
I. Zur nationalen und internationalen Bedeutung von Genossenschaften	34
II. Von der Entdeckung eines neuen Aktionsfelds: Genossenschaften im Bereich kommunaler Leistungserbringung	37
§ 3 Erkenntnisinteressen und Gang der Untersuchung	52
I. Wissenschaftliche Desiderate und Erkenntnisinteressen	52
II. Gang der Untersuchung	56
2. Kapitel: Die lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse und potentielle genossenschaftliche Organisationsmodelle zur Erledigung	57
§ 4 Die kommunale Leistungserbringung	57
I. Die Rechtsinstitutionsgarantie des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG	57
II. Systematisierung örtlicher Angelegenheiten	62
III. Aufgabenbereichseinteilung: Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Leistungserbringung	65
IV. Zusammenfassung und Fazit	73

Inhaltsübersicht

§ 5	Perspektivenerweiterung	74
	I. Die lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse	74
	II. Zusammenfassung und Fazit	77
§ 6	Typologie kommunaler Beteiligungsformen an genossenschaftlichen Organisationsmodellen und Aufgabenzuordnung	77
	I. Kommunale Beteiligungsformen an genossenschaftlichen Organisationsmodellen	77
	II. Aufgabenzuordnung zur Erledigung	79
	III. Zusammenfassung und Fazit	82
3. Kapitel:	Rechtliche Direktiven und Rahmenbedingungen	83
§ 7	Beihilferecht	83
	I. Das Beihilfeverbot aus Art. 107 Abs. 1 AEUV	84
	II. Ausgleichsleistungen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	90
	III. Zusammenfassung und Fazit	95
§ 8	Vergaberecht	97
	I. Schwellenwerte	98
	II. Persönlicher Anwendungsbereich des Kartellvergaberechts	99
	III. Sachlicher Anwendungsbereich des Kartellvergaberechts	103
	IV. Ausschreibungsfreiheit bei öffentlich-öffentlicher Zusammenarbeit und weitere Ausnahmen	104
	V. Zusammenfassung und Fazit	108
§ 9	Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen und Fachgesetze	109
	I. Lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse durch wirtschaftliche Betätigung	109
	II. Lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse durch nichtwirtschaftliche Betätigung	113
	III. Fachgesetze mit allgemeingültigen Bestimmungen	115
	IV. Zusammenfassung und Fazit	115
§ 10	Allgemeine kommunalwirtschaftsrechtliche Vorgaben	117
	I. Die Schrankentrias kommunalwirtschaftsrechtlicher Betätigung	117
	II. Durchführung eines Markterkundungsverfahrens	121

III. Die überörtliche wirtschaftliche Betätigung	122
IV. Beachtung von Wirtschaftsgrundsätzen	124
V. Zusammenfassung und Fazit	125
§ 11 Besondere kommunalwirtschaftsrechtliche Vorgaben für die Betätigung in Privatrechtsform	126
I. Ausrichtung auf einen öffentlichen Zweck	128
II. Begrenzung der Haftung der Kommune	129
III. Wahrung der Ingerenzpflichten der Kommune durch Sicherstellung eines angemessenen Einflusses	130
IV. Weitere Voraussetzungen	131
V. Zusammenfassung und Fazit	135
§ 12 Erstreckung kommunalwirtschaftsrechtlicher Voraussetzungen auf die lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse durch nichtwirtschaftliche Betätigung	135
4. Kapitel: Eckpunkte des genossenschaftsrechtlichen Rahmens	140
§ 13 Rechtsnatur und Begriffsmerkmale der eingetragenen Genossenschaft	141
I. Rechtsnatur und gesellschaftsrechtliche Eigenart	141
II. Begriffsmerkmale	142
III. Zusammenfassung und Fazit	149
§ 14 Gründungsvoraussetzungen und Entscheidungsstruktur der eingetragenen Genossenschaft	149
I. Gründungsvoraussetzungen	149
II. Entscheidungsstruktur der Genossenschaft	154
III. Zusammenfassung und Fazit	159
5. Kapitel: Umsetzung kommunalwirtschaftsrechtlicher Vorgaben in genossenschaftlichen Organisationsmodellen	160
§ 15 Öffentlicher Zweck und Haftungsbeschränkung	162
I. Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck	162
II. Haftungsbegrenzung	164
III. Zusammenfassung und Fazit	165
§ 16 Vertretung, Stimmrecht und Stimmbindung	165
I. Vertretung der Kommune in der Generalversammlung und Weisungen	165

II. Das Stimmrecht der Kommune als Genossenschaftsmitglied	166
III. Der Stimmbindungsvertrag als Instrument kommunaler Einflussnahme	169
IV. Zusammenfassung und Fazit	172
§ 17 Mehrstimmrechte	174
I. Allgemeine Probleme der Mehrstimmrechte	175
II. Mehrstimmen für Fördermitglieder	178
III. Mehrstimmen in Unternehmergenossenschaften	182
IV. Mehrstimmen in Sekundärgenossenschaften	184
V. Zusammenfassung und Fazit	190
§ 18 Gemeindevertreter in Vorstand und Aufsichtsrat	191
I. Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat mit Gemeindevertretern	192
II. Weisungen und Richtlinien an Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat	197
III. Informationsansprüche gegenüber Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats	199
IV. Zusammenfassung und Fazit	202
§ 19 Weitere Ansatzpunkte für kommunale Einflussnahme	203
I. Bildung eines freiwilligen Genossenschaftsorgans	203
II. Sonderrechte für die Kommune als Genossenschaftsmitglied	205
III. Zusammenfassung und Fazit	207
§ 20 Externe Steuerungsbefugnisse	208
I. Der konzernrechtliche Beherrschungsvertrag	208
II. Nichtbeherrschende Formen externer Steuerungsbefugnisse und Instrumente psychologischer Unterstützung	213
III. Zusammenfassung und Fazit	214
6. Kapitel: Ergebnisse der Arbeit in Thesen und Abschlussbemerkung	216
§ 21 Fünfzehn zusammenfassende Thesen	216
§ 22 Genossenschaften kommunaler Leistungen: Ein Hybrid mit Zukunft	221

Inhaltsübersicht

Anlagen	225
Literatur- und Quellenverzeichnis	229

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
1. Kapitel: Thematische und begriffliche Annäherungen	25
§ 1 Genossenschaftsgrundsätze und Merkmale kommunaler Selbstverwaltung: Eine Vorbemerkung	25
I. Der Erneuerungsgedanke von Theodor Heuss	25
II. Genossenschaftliche Grundsätze und die Merkmale kommunaler Selbstverwaltung	27
1. Genossenschaftliche Grundsätze	29
2. Merkmale kommunaler Selbstverwaltung	31
III. Fazit	33
§ 2 Die eingetragene Genossenschaft in kommunalen Aufgabenfeldern: Rechtstatsächliche Befundnahmen im Überblick	34
I. Zur nationalen und internationalen Bedeutung von Genossenschaften	34
II. Von der Entdeckung eines neuen Aktionsfelds: Genossenschaften im Bereich kommunaler Leistungserbringung	37
1. Kommunale Einsatzbreite und Einsatzfelder von Genossenschaften	38
2. Motive genossenschaftlicher Leistungserbringung im kommunalen Aufgabenspektrum	41
3. Hybride Formen und Komplexitätsstufen genossenschaftlicher Organisationsmodelle im Bereich kommunaler Leistungserbringung	44
a) Akteure in genossenschaftlichen Organisationsmodellen	44
aa) Public Citizen Partnership	45
bb) Multi Stakeholder Partnership	46
cc) Public Private Partnership	47
dd) Public Public Partnership	47

b) Komplexitätsstufen genossenschaftlicher Organisationsmodelle	48
4. Inkurs: Die Energiegenossenschaft „Neue Energien West eG“ (NEW)	49
§ 3 Erkenntnisinteressen und Gang der Untersuchung	52
I. Wissenschaftliche Desiderate und Erkenntnisinteressen	52
II. Gang der Untersuchung	56
2. Kapitel: Die lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse und potentielle genossenschaftliche Organisationsmodelle zur Erledigung	57
§ 4 Die kommunale Leistungserbringung	57
I. Die Rechtsinstitutionsgarantie des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG	57
1. Die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	58
2. Das Recht zur eigenverantwortlichen Regelung	61
II. Systematisierung örtlicher Angelegenheiten	62
1. Die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben	63
2. Die pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben	64
III. Aufgabenbereichseinteilung: Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Leistungserbringung	65
1. Kommunale Leistungserbringung durch wirtschaftliche Betätigung	65
2. Kommunale Leistungserbringung durch nichtwirtschaftliche Betätigung	68
a) Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben	69
b) Aufgabenerledigung durch Einrichtungen der Daseinsvorsorge	70
c) Kommunale Hilfsbetriebe	71
3. Zum Verhältnis von kommunalen Unternehmen und Einrichtungen	71
4. Schwierigkeiten bei der Zuordnung im Einzelfall	72
IV. Zusammenfassung und Fazit	73
§ 5 Perspektivenerweiterung	74
I. Die lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse	74
II. Zusammenfassung und Fazit	77

§ 6	Typologie kommunaler Beteiligungsformen an genossenschaftlichen Organisationsmodellen und Aufgabenzuordnung	77
	I. Kommunale Beteiligungsformen an genossenschaftlichen Organisationsmodellen	77
	II. Aufgabenzuordnung zur Erledigung	79
	1. Lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse durch genossenschaftliche Organisationsmodelle mit kommunaler Beteiligung	79
	2. Lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse durch genossenschaftliche Organisationsmodelle ohne kommunale Beteiligung	81
	III. Zusammenfassung und Fazit	82
	3. Kapitel: Rechtliche Direktiven und Rahmenbedingungen	83
§ 7	Beihilferecht	83
	I. Das Beihilfeverbot aus Art. 107 Abs. 1 AEUV	84
	1. Tatbestandsmerkmale des Art. 107 Abs. 1 AEUV	84
	a) Unternehmensbegriff	84
	b) Marktbezug der Unternehmenstätigkeit	85
	c) Beihilfebegriff	86
	d) Wettbewerbsverfälschung	87
	2. Ausnahmen vom Anwendungsbereich	87
	a) Dienstleistungen mit ausschließlich lokalem Charakter	87
	b) Steuervergünstigungen für Genossenschaften	88
	c) Das Altmark Trans-Urteil des EuGH	89
	II. Ausgleichsleistungen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	90
	1. Rechtfertigung nach Art. 106 Abs. 2 AEUV	90
	2. Der Freistellungsbeschluss der Kommission	93
	3. Der neue EU-Rahmen	94
	4. De-minimis-Beihilfen	94
	III. Zusammenfassung und Fazit	95
§ 8	Vergaberecht	97
	I. Schwellenwerte	98

II. Persönlicher Anwendungsbereich des Kartellvergaberechts	99
1. Öffentliche Auftraggeber	100
2. Sektorenauftraggeber	101
3. Konzessionsgeber	103
III. Sachlicher Anwendungsbereich des Kartellvergaberechts	103
IV. Ausschreibungsfreiheit bei öffentlich-öffentlicher Zusammenarbeit und weitere Ausnahmen	104
1. In-house-Vergaben	105
2. Interkommunale Kooperation	106
3. Nichtwirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und weitere Ausnahmen	107
V. Zusammenfassung und Fazit	108
§ 9 Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen und Fachgesetze	109
I. Lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse durch wirtschaftliche Betätigung	109
1. Grundrechtsbindung genossenschaftlicher Organisationsmodelle	109
2. Die Rechtsinstitutionsgarantie des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG	111
3. Gebot demokratischer Legitimation und Wirtschaftlichkeitsgrundsatz	112
4. Landesverfassungsrechtliche Vorgaben	113
II. Lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse durch nichtwirtschaftliche Betätigung	113
III. Fachgesetze mit allgemeingültigen Bestimmungen	115
IV. Zusammenfassung und Fazit	115
§ 10 Allgemeine kommunalwirtschaftsrechtliche Vorgaben	117
I. Die Schrankentrias kommunalwirtschaftsrechtlicher Betätigung	117
1. Öffentlicher Zweck	118
2. Angemessenes Verhältnis zu Leistungsfähigkeit und voraussichtlichem Bedarf der Kommune	119
3. Subsidiaritätsklauseln	120
II. Durchführung eines Markterkundungsverfahrens	121
III. Die überörtliche wirtschaftliche Betätigung	122
IV. Beachtung von Wirtschaftsgrundsätzen	124
V. Zusammenfassung und Fazit	125

§ 11	Besondere kommunalwirtschaftsrechtliche Vorgaben für die Betätigung in Privatrechtsform	126
	I. Ausrichtung auf einen öffentlichen Zweck	128
	II. Begrenzung der Haftung der Kommune	129
	III. Wahrung der Ingerenzpflichten der Kommune durch Sicherstellung eines angemessenen Einflusses	130
	IV. Weitere Voraussetzungen	131
	1. Information und Prüfung	131
	2. Subsidiarität und Wirtschaftsgrundsätze	132
	3. Besondere Voraussetzungen für mittelbare Beteiligungen	132
	4. Anzeige- und Genehmigungspflichten, Einrichtung einer Beteiligungsverwaltung	134
	V. Zusammenfassung und Fazit	135
§ 12	Erstreckung kommunalwirtschaftsrechtlicher Voraussetzungen auf die lokale Leistungserbringung im kommunalen Interesse durch nichtwirtschaftliche Betätigung	135
4. Kapitel:	Eckpunkte des genossenschaftsrechtlichen Rahmens	140
§ 13	Rechtsnatur und Begriffsmerkmale der eingetragenen Genossenschaft	141
	I. Rechtsnatur und gesellschaftsrechtliche Eigenart	141
	II. Begriffsmerkmale	142
	1. Nichtgeschlossene Mitgliederzahl	142
	2. Genossenschaftlicher Förderzweck	143
	a) Eigenart, Inhalt, Gegenstand und Erfüllung des Förderzwecks	143
	aa) Die unverwechselbare Eigenart des genossenschaftlichen Förderzwecks	143
	bb) Inhalt und Gegenstand des Förderzwecks	143
	cc) Erfüllung des Förderzwecks	145
	b) Gemeinwirtschaftliche und gemeinnützige Genossenschaften	145
	3. Gemeinschaftlicher Geschäftsbetrieb	148
	III. Zusammenfassung und Fazit	149

§ 14	Gründungsvoraussetzungen und Entscheidungsstruktur der eingetragenen Genossenschaft	149
	I. Gründungsvoraussetzungen	149
	1. Erwerb der Mitgliedschaft: Mitgliederarten und Genossenschaftsanteil	149
	2. Feststellung der (Gründungs-)Satzung	150
	a) Obligatorischer Mindestinhalt der Satzung	151
	b) Fakultative Satzungsinhalte	151
	3. Bestellung von Vorstand und Aufsichtsrat	152
	4. Eintragung in das Genossenschaftsregister und Mitgliedschaft in einem Genossenschaftsverband mit Prüfungsrecht	153
	II. Entscheidungsstruktur der Genossenschaft	154
	1. Vorstand	155
	2. Aufsichtsrat	156
	3. Generalversammlung	157
	4. Organigramm: Entscheidungsstruktur der Genossenschaft	158
	III. Zusammenfassung und Fazit	159
5. Kapitel:	Umsetzung kommunalwirtschaftsrechtlicher Vorgaben in genossenschaftlichen Organisationsmodellen	160
§ 15	Öffentlicher Zweck und Haftungsbeschränkung	162
	I. Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck	162
	1. Unternehmensgegenstand und öffentlicher Zweck	162
	2. Förderzweck und kommunalwirtschaftlicher Einsatz der Genossenschaft	163
	II. Haftungsbegrenzung	164
	III. Zusammenfassung und Fazit	165
§ 16	Vertretung, Stimmrecht und Stimmbindung	165
	I. Vertretung der Kommune in der Generalversammlung und Weisungen	165
	II. Das Stimmrecht der Kommune als Genossenschaftsmitglied	166
	1. Die Kommune als nutzendes Mitglied	166
	2. Die Kommune als investierendes Mitglied	167
	3. Organigramm: Das Stimmrecht in der Generalversammlung	169

III. Der Stimmbindungsvertrag als Instrument kommunaler Einflussnahme	169
IV. Zusammenfassung und Fazit	172
§ 17 Mehrstimmrechte	174
I. Allgemeine Probleme der Mehrstimmrechte	175
II. Mehrstimmen für Fördermitglieder	178
III. Mehrstimmen in Unternehmergenossenschaften	182
IV. Mehrstimmen in Sekundärergenossenschaften	184
1. Begriff der Sekundärergenossenschaft und Anwendungsbereich der Vorschrift	184
2. Kriterien für die Stimmrechtsabstufung	186
3. Gründung einer Sekundärergenossenschaft: Kommunal- und genossenschaftsrechtliche Voraussetzungen	187
4. Organigramm: Mehrstimmen nach § 43 Abs. 3 Satz 3 Nr. 3 GenG	190
V. Zusammenfassung und Fazit	190
§ 18 Gemeindevertreter in Vorstand und Aufsichtsrat	191
I. Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat mit Gemeindevertretern	192
1. Besetzung von Vorstandsposten	193
a) Vorschlags- und Entsenderechte	193
b) Geborene Vorstandsmglieder	194
c) Bestimmung eines Vorstandsmglieds durch Dritte	194
2. Besetzung von Aufsichtsratsposten	195
3. Entsendung mehrerer Vertreter pro Kommune als Mitglied	196
II. Weisungen und Richtlinien an Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat	197
III. Informationsansprüche gegenüber Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats	199
IV. Zusammenfassung und Fazit	202
§ 19 Weitere Ansatzpunkte für kommunale Einflussnahme	203
I. Bildung eines freiwilligen Genossenschaftsorgans	203
II. Sonderrechte für die Kommune als Genossenschaftsmglied	205
III. Zusammenfassung und Fazit	207

§ 20 Externe Steuerbefugnisse	208
I. Der konzernrechtliche Beherrschungsvertrag	208
1. Vereinbarkeit mit dem genossenschaftlichen Förderzweck	209
2. Vereinbarkeit mit der eigenverantwortlichen Geschäftsführung des Vorstands	210
3. Vereinbarkeit mit dem genossenschaftlichen Selbstverwaltungsgrundsatz	212
II. Nichtbeherrschende Formen externer Steuerbefugnisse und Instrumente psychologischer Unterstützung	213
III. Zusammenfassung und Fazit	214
6. Kapitel: Ergebnisse der Arbeit in Thesen und Abschlussbemerkung	216
§ 21 Fünfzehn zusammenfassende Thesen	216
§ 22 Genossenschaften kommunaler Leistungen: Ein Hybrid mit Zukunft	221
Anlagen	225
Literatur- und Quellenverzeichnis	229

Abkürzungsverzeichnis

Abl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
BayGO	Gemeindeordnung des Freistaates Bayern
BayLT-Drucks.	Drucksache des Bayerischen Landtags
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestags
BVerfGE	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
BVerwGE	Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts
BWGO	Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
eG	eingetragene Genossenschaft
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
GenG	Genossenschaftsgesetz
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GWB	Gesetz über Wettbewerbsbeschränkungen
HbgVerf	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg

Abkürzungsverzeichnis

HessGO	Gemeindeordnung des Landes Hessen
HessVerf	Verfassung des Landes Hessen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
JZ	Juristenzeitung
LWGNW	Landeswassergesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
NdsKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWGO	Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
NWVerf	Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen
RGBL	Reichsgesetzblatt
RhPfGO	Gemeindeordnung des Landes Rheinland-Pfalz
RhPfVerf	Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz
SHGO	Gemeindeordnung des Landes Schleswig-Holstein
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VerwArch	Verwaltungsarchiv
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
ZfgG	Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen
ZögU	Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen

Für weitere verwendete Abkürzungen wird verwiesen auf: *Hildebert Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, Berlin Boston, 8. Auflage, 2015.